

**Rede
der Fraktionssprecherin für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung**

Petra Emmerich-Kopatsch, MdL

zu TOP Nr. 24

Abschließende Beratung

**Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen sinnvoll
steuern – das Instrument der Landesplanung
anwenden**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 17/5831
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung – Drs.
17/7258

während der Plenarsitzung vom 02.02.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

folgte man der Argumentation, die dem Antrag der CDU zugrunde liegt, so müsste man feststellen, dass es sinnvoll wäre, auch von Seiten des Bundes Flüchtlinge vorrangig in den ostdeutschen Ländern, die lange Zeit unter Bevölkerungsschwund gelitten haben, anzusiedeln.

Das wird selbstverständlich nicht getan.

Es hört sich zunächst alles logisch an, speziell dort neue Mitbürger unterzubringen, wo sehr viel Wohnraum leer steht, um eine Überlastung der Ballungsräume zu verhindern. Aber so einfach ist die Welt nicht.

Derzeit ist der Bedarf, sich mit der Fragestellung zu befassen, auch nicht sonderlich gegeben. Zurzeit kommen täglich etwa 40 Flüchtlinge nach Niedersachsen, während es im Herbst 2015 bis zu 2.000 am Tag waren.

Und selbst in dieser Zeit haben die Kommunen in enger Absprache mit dem Land diese wirklich neue und schwierige Aufgabe gemeistert.

Zu den Forderungen des Antrags lässt sich auch nach den Anhörungen, die wir im Ausschuss hatten, sagen, dass sie allesamt nicht sinnvoll sind.

Es mutet seltsam an, dass über das Landesraumordnungsprogramm eine Steuerung der Bevölkerungsverteilung stattfinden soll. Dies ist das völlig falsche Instrument. Allerdings kann das LROP dazu beitragen, die notwendigen Siedlungsentwicklungen zu ermöglichen.

Mit dem wirklich vorbildlichen Netzwerk "Niedersachsen packt an" ist es gelungen, dass sich überall im Land Kirchen, Kommunen, Gewerkschaften, Arbeitgeber und besonders viele Ehrenamtliche engagiert um die schnelle Integration der Geflüchteten kümmern.

Auch haben wir uns frühzeitig darauf verständigt, erforderlichen Wohnraum zu schaffen und die Mittel im sozialen Wohnungsbau massiv erhöht, damit überall dort, wo es notwendig ist, auch Wohnraum gebaut werden kann. Dies selbstverständlich nicht nur für Geflüchtete. Dazu wurden bereits viele Flexibilisierungen in den einzelnen Bauvorschriften vorgenommen.

Was bleibt also von Ihrem Antrag?

Wichtig ist doch

- das angemessen Wohnraum zur Verfügung steht
- die Möglichkeit des Spracherwerbs gegeben ist
- die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglicht wird
- die Integration in die Gesellschaft leicht möglich ist
- und der ÖPNV so gestaltet ist, dass man mobil und flexibel ist, um Sprachkurse oder die Arbeitsstelle auch zu erreichen.

Oft ist es aber so, dass da, wo zahlreiche Wohnungen frei sind, oft auch eine sehr angespannte Arbeitsmarktsituation vorherrscht und umgekehrt. Dort wo ein hoher Arbeitskräftebedarf ist, gibt es sehr hohe Kosten und Wohnungsmangel. Da gilt für die einheimische Bevölkerung ebenso wie für die Flüchtlinge. Hinzu kommen sehr verständliche Wünsche, dort zu sein wo Verwandte sind, wo man eine Arbeit findet und eine ausreichende Infrastruktur vorhanden ist.

Es ist ein Irrglaube, dass sich gefährdete Infrastruktur in schrumpfenden Regionen durch eine erhöhte Zuweisung von Asylbewerbern retten ließe. Denn wenn es keine Arbeitsplätze gibt, werden auch anerkannte Asylbewerber keine finden können, und sie werden verständlicherweise ebenfalls abwandern wollen.

Anrede,

statistisch hat der ländliche Raum schon jetzt die meisten Flüchtlinge untergebracht und auch deshalb gibt es keine Veranlassung, Ihrem Antrag zuzustimmen.

Wir stellen fest, dass nachhaltige Integration und Teilhabe von ganz anderen Faktoren abhängt, und das sind

- ausreichend Sprachkurse
- ausreichend Kita- und Schulplätze
- eine gute Lage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt und die Möglichkeit zur Nachqualifikation.

Liebe CDU,

Flüchtlinge verhalten sich wie alle anderen Menschen auch, es zieht sie dorthin, wo sie die besten Aussichten für ihre Familie und sich sehen.

Einen Bedarf für Ihren Antrag sehen wir nicht!